

Mitglieder ihre neuen Bücher dort fordern müssen, wo sie ihre Uebertrittscheine abgegeben haben.

Die Mitgliedschafts-Vorstände werden gebeten, die Bücher abgereister Mitglieder an die betreffenden Ortsvorstände nach- oder uns zurückzusenden.

Wo doppelte Bücher vorhanden sind, sollte man das eine mit dem Vermerk »doppelt« uns retournieren.

Ebenso bitten wir, die Bücher aller Ausgeschiedenen, gleichviel welcher Art des Ausscheidens, mit dem nötigen Vermerk auf dem Buchdeckel, an uns zurückzuschicken.

Wo in den Büchern durch ungenügende Ausfüllung der Uebertrittscheine Fehler unterlaufen sind, sollte man diese durch die Mitgliedschaftsvorstände korrigieren lassen, oder uns das betr. Buch zwecks Ausfertigung eines neuen einsenden.

Von jeder vorgenommenen Korrektur ist nach hier unter Angabe des Namens und der St.-R.-No. Mitteilung zu machen, damit es auch in den Hauptbüchern geändert werden kann.

Unsere noch nicht beantworteten Fragen — die Bücher betr. — wollen die Ortsvorstände gefl. bald beantworten.

Sterbefälle sind sofort zu melden unter Angabe von Namen, St.-R.-No., Todesursache, Krankheitsdauer, wie lange Mitglied im Bund und Verband u. s. w. und wo dadurch eine neue Witwe zu unterstützen ist, ist dies ebenfalls zu melden unter Angabe des Vornamens, Geburtstag und -jahr der Witwe.

Ebenfalls sind uns alle Ausschlüsse zu melden, und machen wir auf die §§ 9—11 aufmerksam.

Sodann bitten wir noch, die Berichte über Zu- und Abgang (Form. 16) nach Ablauf eines jeden Monats einzusenden.

Kollegen, welche vom Ausland zureisen, dort in einem Gegenseitigkeits-Verbande Mitglied waren und bei uns übertreten wollen, haben einen Aufnahmeschein (Form. 1) auszufüllen und das ausländische Buch zwecks Ausfüllung eines deutschen an uns einzusenden; wir bitten die Mitgliedschafts-Vorstände, auch dieses zu beachten.

Alles übrige besagen unsere Bekanntmachungen in No. 31 und 36 der »Graph. Presse«.

Wie allgemein bekannt sein wird, und aus dem Protokoll der letzten Generalversammlung Seite 195 zu ersehen ist, sind der bisherige Hauptvorstand und Ausschuss des Verbandes zu Liquidatoren bestimmt. Um nun die Liquidation bald vornehmen zu können, werden die noch restierenden 22 Zahlstellen des früheren Verbandes gebeten, ihren Verpflichtungen so bald als möglich nachzukommen. Wir machen noch darauf aufmerksam, dass sämtliche Aussenstände sowie Reste eingezogen und bei der Schlussabrechnung verrechnet werden müssen. Auch muss der derzeitige Lokalkassenbestand unter Einnahme mit aufgeführt werden. Sollte dennoch Vorschuss gebraucht werden, so ist es statthaft, von dem an die Hauptkasse zu sendenden Betrag eine betreffende Summe zurückzubehalten (was vielfach geschieht) und dafür eine Vorschussquittung einzusenden. Wir machen zugleich noch bekannt, dass wir mit dem Versand der Kassenbücher begonnen haben und dieselben nun bald in den Händen der Mitgliedschaftsvorstände sein werden.

I. A.: Wilh. Brall, Kassierer, Weinbergsweg 6, vom 1. Oktober Bureau;
Berlin N. 28, Anklamstrasse 27.

Zur Auskunftserteilung.

Bei jedem Stellungswechsel sind vorher (ehe mit einer Firma Unterhandlung angeknüpft wird) bei der zuständigen Ortsverwaltung Erkundigungen einzuziehen und werden die Mitglieder ersucht, Namen, Beruf und Adresse recht deutlich zu schreiben. Die Ortsverwaltung antwortet mit vorgedruckten Karten und hat die Antwort sofort zu geschehen; etwaige Klagen nach dieser Richtung bitten wir uns sofort mitzuteilen. Ohne Vorlegung einer solchen Antwortkarte wird

keine Reisekarte ausgestellt und auch keine Unterstützung gezahlt.

Der Hauptvorstand.

Zur Lohnbewegung.

Aarau (Schweiz). Drohender Differenzen wegen ist Zuzug nach Aarau (Schweiz) Firma Trüb & Co., strenge fernzuhalten.

Berlin, (Lithographen). In der Privatlithographie von H. Jahre dauert der Streik unverändert fort, da neue Verhandlungen resultatlos verliefen.

Berlin. Die Steindrucker der Firma Kutzner u. Berger geben sich mit der Verkürzung der Arbeitszeit um $\frac{1}{2}$ Stunde und der Erfüllung der kleineren Wünsche zufrieden und zogen die Kündigung zurück.

Berlin-Lichtdrucker. Infolge Tarifbewegung ist Berlin für Lichtdrucker gesperrt.

Breslau. Die Firma Theiner & Meinicke legte einigen Kollegen einen guten Sitten widersprechenden Revers zur Unterschrift vor, nach welchem sie bei unentschiedigtem Fernbleiben 10% ihres Akkord-Verdienstes als Strafe zahlen sollten. Die Kollegen unterschrieben nicht und wurden entlassen. Der Vorstand setzte sich mit der Firma in brieflichen Verkehr; dieselbe verhartete jedoch auf ihrem Standpunkt, dass dieser Revers durchaus nicht unstatthaft sei und jeder Neueintretende diesen unterschreiben müsse. Wir sehen uns daher genötigt, über diese Firma die Sperre zu verhängen. Die Verhältnisse liegen in genannter Firma sehr eigentümlich, da die Drucker manchmal nach tagelangem Müsiggelassen dann wieder bei pressanten Arbeiten Ueberstunden machen müssen und die Akkordpreise bei gewöhnlichen Autographie-Arbeiten äusserst gering sind.

Dresden. Die Lithographen und Steindrucker der Firma Saupe & Busch stehen im Streik.

Fürth. Die Kollegen haben beschlossen, für nächsten Samstag zu kündigen. Bericht folgt.

Lüdenscheid. Infolge einmütigen Vorgehens bewilligten die Firmen:

Spangel & Caesar für Lithographen die achtstündige Arbeitszeit, Minimallohn 18 bzw. 21 M., 10% für Ueberstunden und Lehrlingskala laut Tarifentwurf.

C. v. d. Linnepe für Lithographen achtstündige Arbeitszeit, Minimallohn 19 bzw. 21 M.

Tilgenkamp & Ruhl für Lithographen 8stündige Arbeitszeit, Minimallohn 18 Mk., Ueberstunden laut Buchdruckertarif. — Eine mässige Lohnaufbesserung wurde insgesamt erzielt.

Magdeburg. Firma Robrahn & Co., Bilderbogen-Fabrik, gesperrt, 4 Kollegen reichten Forderungen ein.

Metz. Die Differenzen in der Firma Richter u. Gerber sind beigelegt.

Niederbieber b. Neuwied a. Rh. Die Lithographen und Steindrucker der Firma Buchholz, Blechwarenfabrik Aubach, reichten wegen Massregelung und schlechter Behandlungen ihre Kündigungen ein. Die Firma ist gesperrt.

Reichenbach i. V. Die Differenzen bei der Firma Berger in Plauen i. V. sind beigelegt. Die Sperre ist aufgehoben.

Neu-Ruppin. In Firma Gustav Kühn befinden sich die Lithographen und Steindrucker im Streik.

Stettin wegen Lohnbewegung gesperrt.

Gesperrt:

Bayern. Für Lithographen und Steindrucker.

Berlin, Graphische Gesellschaft. (Chemigr.)

Firma »Germania« (Thedrau & Kraushaar).

Bern. Lith. Anstalt Solothurn (Schweiz).

Firma Siebenmann & Co. Streik.

Breslau. Firma Theiner & Meinicke.

Freiburg. Firma Wilczek.

Graz. Firma Senefelder.

Köln. Firma Pick & Co.

Leipzig. Der Unternehmer-Arbeitsnachweis im Buchgewerbe ist für unsere Mitglieder gesperrt. Zuwiderhandelnde haben laut § 9, Abs. b und c Ausschluss zu gewärtigen.

Pless in Oberschl. Für Lithographen und Steindrucker.

Solingen. Firma Stöpfigeshoff.

Das koalierte Unternehmertum und seine Massnahmen gegen die Arbeiter.

Der Aussperrungsgedanke macht im Deutschen Reich ohne Zweifel bedeutende Fortschritte. Noch vor wenigen Jahren war die organisierte Aussperrung der Arbeiter, soweit Deutschland in Frage kommt, wenn auch nicht unbekannt, so doch ungewöhnlich; heute sind die Aussperrungen bald ebenso zahlreich wie die Streiks. Anfänglich hatte man wohl nur lokale Aussperrungen eines Berufes, dann ging man dazu über, die Aussperrungen auf mehrere an der Herstellung ein und desselben Produktes beteiligte Berufe auszudehnen, dann erweiterte man das Aussperrungsgebiet auf mehrere wirtschaftlich zusammenhängende Orte, um schliesslich immer grössere Gebiete mit dieser Form des wirtschaftlichen Kampfes zu überziehen. Daneben ging oder lief vielmehr ein ständiges Wachsen der einzelnen Fälle. Die neueste Errungenschaft der Aussperrungspropagandisten ist die Ausdehnung der Aussperrung über das ganze Reich. Ob hiermit der Kulminationspunkt erreicht ist? Nach den bisherigen Erfahrungen ist das billig zu bezweifeln; vielmehr muss man mit der Möglichkeit rechnen, dass kampfeslustige Unternehmer selbst vor Aussperrungen auf internationalem Wege nicht zurückschrecken.

Die Erfolge der bisherigen Aussperrungen lassen das auf den ersten Blick allerdings als für das Unternehmertum nicht ratsam erscheinen. Die Chancen für einen Erfolg der Unternehmer stehen bei einer Aussperrung bald noch ungünstiger als die bei Streiks. Es wäre jedoch voreilig, wollte man daraus generaliter den Schluss ziehen, dass Aussperrungen ihrer innersten Natur nach ein ungeeignetes Kampfmittel der Unternehmer seien: Cimmitschau, Metallarbeiter- und Bauarbeiter-Aussperrung in Bayern, Bauarbeiter- und Brauereiarbeiter-Aussperrung in Rheinland-Westfalen beweisen dieses zur Genüge. Berücksichtigen muss man, dass viele Aussperrungen, die mit einem Erfolg der Arbeiter abschlossen, gewissermassen Verlegenheits- und Angstprodukte einer eben in der Eile erst gegründeten Unternehmer-Organisation gewesen sind. Was für unsere Gewerkschaft unerlässlich ist: Erziehung zur gewerkschaftlichen Disziplin, gewerkschaftlichem Denken und Handeln, praktisch taktische Erfahrung in der Führung von Lohnkämpfen, das fehlt den meisten Unternehmerorganisationen in noch viel höherem Grade als den Arbeitern.

Das wissen die führenden Köpfe in der Unternehmer-Organisation so gut wie wir, und darum lauern sie darauf, dass der Schwerpunkt ihrer Wirksamkeit einstweilen noch in der Zukunft liegt. Daraus ist zu folgern, dass sich mit dem ständigen Wachstum und der inneren Kräftigung der Unternehmer-Verbände auch die Neigung zu Aussperrungen vermehren wird. Eine Zeit der grössten Kämpfe steht uns bevor, wenn die Unternehmer-Verbände einen gewissen Grad von Vollkommenheit erreicht haben.

Uns kommt es darauf an, das zu betonen im Gegensatz zu den sozialpolitischen kennegeissern Elementen, und diese sind nicht nur im bürgerlichen Lager zu suchen, die die Tarifverträge als die Grundlage betrachten, worauf demaltest das Reich des sozialen Friedens errichtet werde. In dieser Anschauung liegt eine groteske Verknüpfung des Wesens der bürgerlich-kapitalistischen Gesellschaft. Noch mehr. Sie ist eine Verleugnung der leitenden Gedanken der modernen Arbeiterbewegung überhaupt und birgt eine grosse Gefahr, die Gefahr verhängnisvoller Enttäuschungen für die weiteren Arbeiterkämpfe in sich.

Die Frage ist im Grunde genommen die: welche Tendenzen werden in Zukunft das Verhalten der Arbeiter- und Unternehmer-Organisationen zu einander beherrschen? Diejenigen, denen die »gewerblichen Friedensdokumente« die Morgenröte eines aufsteigenden Bruderreichs im Klassenstaat sind, werden der Meinung sein: Durch die heute geführten Lohnkämpfe werden die Arbeiter die Anerkennung ihrer Organisation bei den Arbeitgebern durchsetzen. Die Arbeitgeber werden sich daran gewöhnen, die Organisation der Arbeiter zu respektieren und sie als massgebenden Faktor bei der Fixierung der Lohn- und Arbeitsbedingungen zu betrachten. So wird uns die Zukunft, wenn auch nicht so bald, ein friedlich-schiedliches Zusammenarbeiten der beiden Faktoren unter Achtung der gegenseitigen Rechte bringen.

Das steht vielleicht nirgend in dieser Form geschrieben; ist möglicherweise auch noch nicht so deutlich ausgesprochen worden, aber in tausend Köpfen spukt dieser unselige Irrtum. Wer wollte das leugnen? Und der Irrtum erscheint verständlich, wenn man sieht, welche Fortschritte die Tarifgemeinschaft nimmt. In immer steigendem Masse zieht sie immer grössere Arbeitermassen, immer grössere Produktionsgebiete in ihre Kreise, den individuellen durch den korporativen Arbeitsvertrag ablösend.

Wenn zwei Organisationen Verträge miteinander abschliessen, so sprechen sie sich damit gegenseitig die Anerkennung aus. Aus diesen Tatsachen die Ansicht zu schöpfen, dass diesem friedlichen Verhältnis die Zukunft gehöre, dass die gesamte Produktion allmählich im Zeichen des Tarifverhältnisses stehen werde, liegt allerdings sehr nahe. Aber täuschen wir uns nicht.

Die Tarifverträge sind Resultate vom Kämpfen, wo die Sache für die Unternehmer derart lag, dass sie in dem Abschluss eines Vertrages das kleinere Uebel erblickten. Irgendwelche Umstände, günstige Lage des Arbeitsmarktes, günstiges Organisationsverhältnis der Arbeiter u. s. w. haben es den Unternehmern rätlich erscheinen lassen, in einen Tarifabschluss zu willigen. Diese Umstände sind aber nicht unveränderlich. Sobald die Unternehmer die Möglichkeit dazu haben, werden sie sich der lästigen Fessel bald entziehen. Es kann hier allerdings nur von solchen Verträgen die Rede sein, die im Sinne der Arbeiter gute genannt werden können.

Wenn man den Unternehmern ein soziales Gewissen nachrühmt, so kann sicher sein, dass ihnen das Feuer auf den Nägeln gebrannt hat. Ein soziales Gewissen existiert nicht, weder bei den Unternehmern noch bei den Regierungen. Was man so nennen möchte, ist ein Nachgeben, wo man nicht anders kann — ohne dabei Grösseres zu gefährden. Wer aber zu der oben bezeichneten »Friedenstheorie« schwört, muss eben ein soziales Gewissen der Unternehmer voraussetzen, muss von ihnen ein Nachgeben aus Idealismus nach dem Grundsatz »leben und leben lassen« für möglich halten.

Berechtigten wir nun die Verhältnisse zu einem solchen Optimismus? Für den, der auf konkreten Tatsachen sein Urteil aufbaut, liegt die Verneinung dieser Frage klar zutage. Ein solcher Zustand des wirtschaftlichen Friedens ist in der bürgerlich-kapitalistischen Gesellschaft, deren Signatur eine fortwährende Verschärfung der Klassengesetze ist, nicht möglich. Die natürliche und unerlässliche Vorbedingung eines solchen dauernden Friedens wäre die wirtschaftliche und politische Gleichheit der beiden Kontrahenten, der Arbeiter und Unternehmer.

Wirtschaftlich ist das Unternehmertum den Arbeitern durch den Besitz der Produktionsmittel überlegen, politisch ist es durch den Besitz der politischen Macht den Arbeitern gegenüber im Vorteil. Und eben diese Bevorzugung prägt dem Unternehmertum den Charakter des Herrtentums auf. Dieses Herrtentum ist noch nicht ausgerottet, im Gegenteil, in vielen Produktionszweigen ist es noch nicht einmal voll entwickelt. Die fortschreitende Konzentration des Kapitals wird in gleichem Masse die Klassengesetze und damit den Herrenstandpunkt immer schärfer hervortreten lassen; die Kämpfe in den Produktionszweigen, die am meisten vorgeschrittenen Entwicklung aufweisen, beweisen es. Der Verlauf der Kämpfe in der Kohlen-, Textil-, Bau- und Metall-Industrie eröffnet uns eine Perspektive für die Zukunft: immer grösser, gewaltiger und erbitterter werden die Zusammenstöße zwischen Kapital und Arbeit. Mit der zunehmenden Kräftigung der Unternehmerorganisationen wird deren Charakter mehr und mehr auf die Offensive gerichtet sein: Daher die Zunahme der Aussperrungen, daher die mit brutalem Raffinement ausgetüftelten Kriegspläne. Also nicht dem Frieden gehen wir entgegen, sondern wir werden uns mehr und mehr dem erbitterten, opferreichen Klassenkampf zuwenden. Friede wird uns erst dann beschieden sein, wenn die Klassenverrechte gebrochen sind.

Für uns Angehörige des Lithographie- und Steindruckgewerbes ergibt sich aus dem Gesagten:

Ausbau unserer Organisation nach innen und aussen. Auch wir haben ein organisiertes Unternehmertum gegen uns, welches bestrebt ist, neben der zentralisierten Organisation sogenannte lokale Antistreibvereine zu bilden. Leipzig hat den Anfang gemacht, bewährt sich dort die Einrichtung eingermassen, so ist mit der Möglichkeit weiterer lokaler Einrichtungen dieser Art zu rechnen. Daher muss in besonderen auf die Vertiefung der gewerkschaftlichen Ideen hingewirkt werden. Auch wir stehen am Vorabend grösserer Kämpfe, jeder Tag kann uns Aussperrungen von Berufsangehörigen bringen; Anzeichen dafür liegen in Masse vor. Mit der grossen Wahrscheinlichkeit einer Aussperrung muss z. B. die Nürnberger Kollegenschaft rechnen, denn prinzipialseitige Aeusserungen dieser Art sind vorhanden.

Eine Aktion der in vorstehendem Artikel geschilderten Kampfes- und Machtmittel der Unternehmer muss, soweit Nürnberger Boden in Frage kommt, begrüsst werden; muss doch dann angenommen werden, dass jener Kollegenkreis, welcher die Organisationszugehörigkeit leider noch nicht begriffen hat und jede Vorwärtsbewegung ernstlich gefährdet, endlich einsehen lernt, dass mit der bisherigen Haltung ein für allemal gebrochen werden muss. Es ist unter keinen Umständen mehr angängig, dass diese Kollegen ihre Gleichgültigkeit beibehalten, und nach Art der Vogel Strauss-Politik die Dinge gehen lassen, wie sie gehen. Die Tatsache, dass in einer grossen Firma eine Anzahl Maschinenmeister nicht mehr an den Maschinen beschäftigt werden können, dass überhaupt der Steindruck eben daselbst eingeschränkt werden soll, sollte doch den Blinden die Augen sehend machen. Was aber heute in dieser Firma eingetreten ist und noch eintreten soll, kann morgen in anderen Firmen nachfolgen; deshalb, Kollegen, gilt es, die Zeit, in der wir leben, zu beachten, sie fordert ein einiges Handeln.

Unsere Arbeitgeber haben uns wiederholt darauf verwiesen, dass es ihnen angesichts der mit April 1906 in Kraft tretenden Handelsverträge unmöglich ist, Verbesserungen eintreten zu lassen, ja, dass man genötigt sei, die Betriebe einzuschränken und

die Löhne zu erniedrigen. Sollten das nicht genügend Momente sein, die uns ermahnen, unter allen Umständen auf die Geschlossenheit und Einheit der Kollegen hinzuwirken, damit weder die eine noch die andere Absicht der Unternehmer möglich werden wird? Wir haben es in der Hand, einen Schlag gegen uns zu parieren, wenn alles einig ist; wir sind dann auch in der Lage, Massnahmen zu riskieren, die uns Lohn- und Arbeitsverhältnisse auf durchaus gesunder Basis garantieren. Bleiben wir aber bei dem Fehler, die Uneinigkeit weiter anhalten zu lassen, so sind wir zur Untätigkeit verdammt und jeder Aktion zur Verbesserung unseres Berufes ist natürlich von vornherein der Stempel des Misserfolges aufgedrückt. So wenig ermutigend es ist, immer von neuem an unsere uns fernstehenden Kollegen heranzutreten und sie an ihre Pflichten als Arbeiter und Kollegen zu ermahnen, so sind wir es doch uns und unserem Nachwuchs schuldig, darin nicht zu erlahmen. Ein Erlahmen darf erst dann Platz greifen, wenn der letzte Kollege in unsere Reihen eingetreten und zu einem tüchtigen Gewerkschaftler erzogen ist, der aber auch weiss, was seine Pflicht ist.

Würdigt eine jede Seite das hier Gesagte und lernt daraus, was zu lernen ist, so wird der Tag nicht allzufern sein, wo die deutsche Kollegenschaft geschlossen alle Kraft einsetzen kann, um ihren Berufsverhältnissen eine gesunde und dauernde Grundlage zu geben.

Streiks.

Situationsbericht über den Streik bei der Firma Gustav Kühn.

Es sind nunmehr sechs Wochen vergangen, dass die Lithographen und Steindrucker der Firma Gustav Kühn im Streik stehen; trotzdem nach Ansicht des Herrn Prokuristen und Teilhaber der Firma für diese kein Streik besteht; denn als am Donnerstag, den 7. September ac. der Kollege Sillier dort vorstellig wurde, erhielt er die lakonische Antwort: »Die Drucker haben ordnungsmässig gekündigt und auch ordnungsmässig aufgehört.« Dessen ungeachtet, hält es die Firma für angebracht unsere Steindruckerkollegen zum 22. September wegen Kontraktbruch vor das hiesige Amtsgericht zu sistieren. Im übrigen scheint die Firma zu versuchen, uns einzuschüchtern, da sie wegen jeder Kleinigkeit Strafantrag stellt, denn zur Zeit schweben fünf Strafsachen, sowohl gegen die Streikenden wie auch gegen den hiesigen Vorsitzenden. Aber dessen ungeachtet werden wir, und wenn es Strafanträge gegen uns regnet, uns nicht eher von dem nun einmal eingeschlagenen Weg abbringen lassen, als bis wir unser Ziel erreicht haben und sollten Jahre vergehen.

Im Uebrigen ist zu bewundern, dass der Herr Oberdrucker immer noch in diesem Geschäft als Vorgesetzter beschäftigt werden darf, denn nach unserem Artikel, in welchem wir die sonderbaren Handlungen desselben illustrierten, sollte man meinen, dass der Mann stütlich für diesen Posten nicht qualifiziert ist, da nachgewiesen ist, dass dieser Vorgesetzte (obwohl verheiratet) innerhalb dreiviertel Jahren zwei Alimentenklagen mit zwei dort beschäftigt gewesen Mädchen zu bestehen hatte und auch verurteilt wurde. Wie weit sich dieser Vorgesetzte vergisst, geht schon daraus hervor, dass er selbst schon im Geschäft im intimen Verkehr angetroffen wurde und sogar einem Lehrling 50 Pf. Schweißgeld gegeben hat. Von diesem Vorgesetzten wird nun verlangt, als Vertreter des Lehrherrn, dass derselbe die Lehrlinge nach § 126 der Gewerbeordnung zu erziehen hat, dessen Schlussatz klar und deutlich sagt: »Er hat den Lehrling zur Arbeitsamkeit und zu guten Sitten anzuhalten und vor Ausschweifungen zu bewahren.« In welcher Art und Weise nun dieser Paragraph von den Inhabern der Firma oder der Polizeibehörde ausgelegt wird, ist uns unklar. Das Einzige, was wir wissen, ist, dass drei Arbeiterinnen vernommen wurden, aber mit welchem Resultat, ist uns unbekannt. Hoffentlich erleben wir es noch, dass hier ernstlich Wandel geschaffen wird.

Mit welcher Fürsorge übrigens die Herrn Chefs an ihre Arbeiter denken, zeigt schon, dass dieselben es nicht einmal für notwendig halten, bei der Invalidenversicherung die vom Gesetz vorgeschriebenen richtigen Marken zu kleben, denn so sind z. B. bei 4 Druckern 24 Pf.- statt 30 Pfennigmarken geklebt worden. Jedenfalls genügt es nicht, nur mit billigen Arbeitskräften arbeiten zu können, sondern es muss auch hierbei gespart werden.

Endlich hat die Firma doch mal Glück gehabt, denn sie hat in dem früher dort 24 Jahre beschäftigt gewesenem Lithographen Ernst Casper einen Arbeitswilligen gefunden. Dieser wurde in diesem Jahr wegen »Arbeitsmangel« entlassen und war sogar derjenige, der in einer öffentlichen Versammlung unserer Lithographen-Kollegen Zaghaftigkeit vorwarf, weil sie sich nicht sofort mit den Steindruckern für solidarisch erklärten. Er ist derselbe, der sich in dieser Versammlung hinstellte und sagte: »er sei seinen Chefs dafür dankbar, dass sie ihn wenigstens in seinem 40. Lebensjahr »ausgeschmissen« hätten und nicht erst im fünfzigsten. Es ist derselbe, der erklärte, dass die Chefs ihn vielleicht entlassen haben, um damit einer eventuellen Aufmerksamkeit zu seinem 25jährigen Jubiläum aus dem Wege zu gehen. Hoffentlich erhält er nun zu seinem Jubiläum den

ihm gebührenden Verdienstorden; denn Ehre, dem Ehre gebührt.

Die Druckerei selbst wird ja zum Schein aufrecht erhalten und zwar dadurch, dass man die an den Maschinen beschäftigten Lehrlinge in die Umdruckerei gestellt, und die Maschinen weiter mit ungelerten Arbeitern besetzt hat; man versucht sogar, ungelernete Arbeiter zum Abdrücke machen auszubilden. Es müssen tüchtige Kunstprodukte sein, die jetzt dort angefertigt werden, und gerade deshalb soll es unsere Aufgabe nun sein, den 1 1/2 Millionen organisierten Arbeitern die Augen zu öffnen, dass sie in Zukunft und speziell zum Weihnachtstfest Bilderbücher und Bilderbogen kaufen, die unter normalen Lohn- und Arbeitsverhältnissen erzeugt wurden.

Hoffentlich wird sich die Firma Gustav Kühn klar, dass es doch das beste ist, durch Verträge mit ihren Arbeitern sich einen dauernden Frieden zu verschaffen, denn mehr wird von keinem Arbeiter, auch den streikenden nicht verlangt.

Diejenigen Kollegen, die in der Firma Gustav Kühn zu Neu-Ruppin gelernt haben, werden dringend gebeten, ihre Adresse an Rob. Wildorf, Neu-Ruppin, Fischbänkenstr. 21 II, behufs wichtiger Mitteilungen, zu senden.

Alle Auskünfte sowie Anfragen erledigt nach wie vor der Vorsitzende Max Schüler, Präsidentenstrasse 75.

Korrespondenzen.

(Korrespondenzen ohne Beidruck des Stempels der Zahlstelle oder Filiale finden keine Aufnahme.)

Berlin III. Ausserordentliche Mitglieder-Versammlung vom 4. September im Gewerkschaftshaus. Tagesordnung: Die Bewegungen bei Finkenrath und Juhre; Diskussion; Verschiedenes. Nachdem Kollege Barthel im Anschluss an das Verlesen des letzten Protokolls die Mitteilung machte, dass sich seit dem 1. Juli der Mitgliederbestand der Lithographenfiliäle auf 950—1000 gehoben habe, schildert er eingehend die Ursachen der Bewegungen bei Finkenrath und Juhre. In beiden Fällen handele es sich um die Akkordarbeit. Bei Finkenrath, wo bisher erträgliche Verhältnisse geherrscht haben, gelte es, die Einführung der Akkordarbeit zu verhindern; bei Juhre, einer Privatlithographie, seien dagegen die Kollegen in die Bewegung eingetreten, um die durch Akkordarbeit unerträglich gewordenen Verhältnisse zu bessern. Schon vor Jahresfrist hatte die Firma Finkenrath einmal versucht, die Akkordarbeit einzuführen. Der Versuch scheiterte an der Einsicht der Kollegen, die sich einmütig dagegen erklärten, worauf die Firma ohne weiteres auf die Einführung verzichtete. Leider nicht endgültig. Vor kurzem erliess sie ohne weiteres die Anordnung, dass vom 1. September ab in Akkord gearbeitet werden müsse, wobei den Kollegen der bisherige Lohn garantiert werden solle. Auch diesmal erklärten sich die Kollegen einmütig dagegen; die Firma beharrte jedoch auf ihrem Standpunkt, indem sie offen zugab, dass es sich für sie um eine Prinzipienfrage handele. Andere Gründe vermochte sie auch nicht anzugeben, der kaufmännische Chef berief sich darauf, dass technische Gründe die Veranlassung zur Einführung der Akkordarbeit geben, während der technische Leiter kaufmännische Gründe vorschob. Da eine Einigung sich nicht erzielen liess, sahen sich die Kollegen genötigt, ihre Kündigung einzureichen. Da nun aber die Firma nur etwa 1/3 ihrer Arbeiten im Hause, 2/3 bei Privatlithographen anfertigen lässt, so war es nun Aufgabe der Verwaltung, die bei den Privatlithographen arbeitenden Kollegen zu veranlassen, keine Arbeiten für Finkenrath zu machen. In kurzer Zeit wurde auch hier ein einmütiges Verhalten der Kollegen erzielt, so dass die Firma ausser stande war, die Arbeiten zur festgesetzten Frist zu liefern. Sie zog die Anordnung, dass in Akkord gearbeitet werden solle, deshalb zurück, womit die Angelegenheit zugunsten der Kollegen erledigt war, ohne dass es zur Arbeitseinstellung kam. — Einen solch glatten Verlauf hatte leider die Bewegung bei Juhre nicht. Dort hatten Kollegen von früh 6 bis 8 Uhr abends gearbeitet, was zu persönlichen Differenzen führte. Eine Geschäftsversammlung hatte leider nicht den Erfolg, dass die Ueberarbeit eingestellt wurde. Es wurde aber gefordert, dass ein 25prozentiger Zuschlag gezahlt werden sollte, zugleich sollte der Vorsitzende wegen Abschaffung der Akkordarbeit vorstellig werden. Das es aber nur zu einer Einigung in bezug auf den 25prozentigen Zuschlag kam, Einführung des festen Lohnes dagegen abgelehnt wurde, traten 10 der Kollegen in den Ausstand, drei blieben stehen. Da sich auch noch einige Hauslithographen gefunden hätten, die für Juhre arbeiten, sei es diesem bisher möglich gewesen, auszuhalten. Leider mache diese Bewegung notwendig, dass die Herren Hornbogen, Alfred Peters und Georg Müller ausgeschlossen werden müssten. In der sich anschliessenden Diskussion wurde besonders betont, dass es an der Zeit sei, in Berlin auch in anderen Anstalten an der Besserung der Verhältnisse zu arbeiten. Nachdem Kollege Lange Mitteilung davon gemacht, dass sich an mehreren Orten die Kollegen zu energischem Vorgehen aufgerufen und dabei Erfolge erzielt hätten, wurde von verschiedenen Seiten betont, dass die Kollegen ausserhalb Berlins ihre Interessen zu wahren verständen. Wenn

